

Insolvenzen in Europa

■ Jahr 2008/09

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung


Creditreform

<u>INHALT</u>	<u>SEITE</u>
1 Einleitung	1
2 Insolvenzen in Westeuropa im Jahre 2008	2
2.1 Unternehmensinsolvenzen	2
2.2 Privatinsolvenzen in Europa	5
3 Mittelstandsstruktur und Finanzierung	7
3.1 Bedeutung des KMU-Sektors für Europa	7
3.2 Aktuelle Finanzierungsbedingungen	9
3.3 Eigenkapitalsituation des Mittelstandes	10
3.4 Zahlungsverhalten	12
4 Branchenstruktur der Insolvenzen	13
5 Länderberichte	16
5.1 USA	16
5.2 Deutschland	17
5.3 Großbritannien	19
5.4 Frankreich	20
5.5 Spanien	21
5.6 Italien	23
5.7 Japan	23
6 Mittel- und Osteuropa	24
7 Insolvenzrisiken in Europa 2009 – Resultate einer Unternehmensbefragung	26
8 Zusammenfassung	31
Verzeichnis der Informationsquellen	

■ 1 Einleitung

Das Jahr 2008 wird uns durch die Zusammenbrüche einstmals namhafter Großbanken sowie den rasanten globalen Konjunkturabschwung in Erinnerung bleiben. Nachdem viele Politiker, Volkswirte und Banker zur Jahresmitte bereits das Größte überstanden sahen, riss die Pleite der Investmentbank Lehman Brothers in New York im September 2008 den internationalen Bankensektor und mit ihm die globale Wirtschaft vollends in eine bedrohliche Krise. Nur die konzertierten Rettungsaktionen von Regierungen und Notenbanken rund um den Globus konnten die Kernschmelze im Bankensektor gerade noch verhindern. Mittlerweile wurde aber auch die Realwirtschaft von einem globalen Abschwung erfasst, der in seiner Schnelligkeit und Breite bislang ungeahnte Ausmaße angenommen hat. Zuerst traf es exportorientierte Wirtschaftszweige wie die Automobilindustrie. Das Ordervolumen ist regelrecht eingebrochen, die Zahl der Pleiten nimmt rasant zu. Nun kommen die Einschläge auch für die mittelständische Wirtschaft immer näher.

Bankenkrise: Wort des Jahres 2008

Ausgehend von den USA, wurde Europa in der zweiten Jahreshälfte 2008 von der Rezession voll erfasst. In vielen Branchen ist ein Schrumpfungsprozess eingeleitet worden, der noch weit in das Jahr 2009 hineinreichen dürfte. Auch, weil die Verwerfungen an den Kreditmärkten zunehmend auf die Realwirtschaft übergriffen. Von sich verschärfenden Kreditkonditionen, über steigende Risikoaufschläge für Unternehmenskredite und Bonds bis hin zur oft zitierten Kreditklemme. All dies schnürte die Kapitalversorgung des Unternehmenssektors ab und erhöhte die Belastungen sowohl für Großunternehmen, als auch für die mittelständische Wirtschaft.

Europa im Abschwung

Trotz der in Europa schnell eingeleiteten wirtschaftspolitischen Maßnahmen und milliardenschwerer Konjunkturpakete lässt sich die Rezession wohl nur noch ihrer Härte abmildern. Die negativen Auswirkungen des rasanten Wirtschaftsabschwungs für die europäischen Unternehmen ließen sich schon 2008 an den Insolvenzzahlen ablesen.

■ 2 Insolvenzen in Westeuropa im Jahre 2008

2.1 Unternehmensinsolvenzen

Der seit 2005 anhaltende Trend zu sinkenden Unternehmensinsolvenzzahlen in Europa hat 2008 gedreht. Gut 150.000 Firmenzusammenbrüche wurden im Verlauf des vergangenen Jahres allein in Westeuropa gezählt. Das entspricht einem Anstieg von knapp elf Prozent gegenüber dem Vorjahr. 2007 hatten in den EU-15 Staaten plus Norwegen und der Schweiz nur rund 135.500 Unternehmen ein Insolvenzverfahren beantragt, der niedrigste Stand seit Anfang der 90er Jahre.

Tab. 1: Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa

■	2008	2007	2006	2005	2004	Veränderung 2007/08 in Prozent
Belgien	8.300	7.677	7.617	7.878	7.836	+ 8,1
Dänemark	3.710	2.401	1.987	2.497	2.620	+ 54,5
Deutschland	29.800	29.150	34.040	36.850	39.270	+ 2,2
Finnland	2.660	2.300	2.285	2.278	2.385	+ 15,7
Frankreich	49.100	42.532	40.360	41.930	40.776	+ 15,4
Griechenland	530	510	520	580	577	+ 3,9
Großbritannien	14.880	12.893	13.686	13.462	12.813	+ 15,4
Irland	700	317	304	327	321	+ 120,8
Italien	7.130	5.518	8.827 *)	17.150	17.500	+ 29,2
Luxemburg	590	680	634	682	665	- 13,2
Niederlande	6.580	7.952	5.941	6.780	6.648	- 17,3
Norwegen	3.640	2.845	3.032	3.540	4.297	+ 27,9
Österreich	6.500	6.362	6.854	7.136	6.328	+ 2,2
Portugal	3.500	3.350	3.400	3.300	3.123	+ 4,5
Schweden	6.300	5.791	5.243	5.865	6.588	+ 8,8
Schweiz	4.220	4.314	4.528	4.751	4.955	- 2,2
Spanien	2.100	880	853	869	561	+ 138,6
Gesamt	150.240	135.472	140.111	155.875	157.263	+ 10,9

*) Umstellung der Statistik des Handelsregisters in Italien, das bis dato auch die Niederlassungen einer in Konkurs gegangenen Unternehmung erfasste, ab 2006 nur noch den Hauptsitz zählt.

In der Mehrzahl der europäischen Staaten ist die Insolvenzwelle 2008 noch nicht mit voller Wucht angekommen. Infolge der weltweiten Wirtschaftskrise und den Erschütterungen in der Finanzwelt ist aber 2009

mit einer deutlichen Zunahme der Firmenpleiten in sämtlichen europäischen Ländern zu rechnen. Anhand der Insolvenzentwicklung im vergangenen Jahr lässt sich ablesen, welche Staaten schon 2008 massiv von den globalen Verwerfungen betroffen waren. So verzeichneten Spanien (plus 138,6 Prozent), gefolgt von Irland (plus 120,8 Prozent) und Dänemark (plus 54,5 Prozent) den stärksten Anstieg der Firmenpleiten. Auf der Iberischen Halbinsel ist neben den Finanzdienstleistern vor allem der Immobilien- und Bausektor betroffen, in Irland auch die Industrie.

Zuwachsraten im zweistelligen Bereich gibt es in den beiden großen Flächenländern Frankreich und Großbritannien (jeweils plus 15,4 Prozent). In Frankreich kommt die Zahl der Firmenpleiten somit wieder in die Nähe der alten Höchststände, die zuletzt Ende der 90er Jahre erreicht wurden. Die Finanzmarkturbulenzen sorgten auch im Vereinigten Königreich dafür, dass wieder so viele Insolvenzmeldungen gezählt wurden, wie seit fünf Jahren nicht mehr. Die italienische Insolvenzstatistik musste einen Zuwachs von fast 30 Prozent der Unternehmenspleiten vermelden. Nach einer Umstellung der Statistik im Jahr 2006 ging die Zahl der Firmenzusammenbrüche im Folgejahr zunächst zurück. Aber bereits 2008 geriet die italienische Wirtschaft in den Sog des globalen Abschwungs.

Im Vergleich der großen europäischen Staaten fiel der Anstieg der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland mit plus 2,2 Prozent verhältnismäßig moderat aus. Gleichwohl ist auch in der ökonomisch bedeutendsten Volkswirtschaft Europas der rückläufige Insolvenztrend der letzten Jahre klar unterbrochen worden. Abgenommen hat die Zahl der Unternehmenspleiten in den Niederlanden (minus 17,3 Prozent), in Luxemburg (minus 13,2 Prozent) und moderat auch in der Schweiz (minus 2,2 Prozent).

Verdopplung in Spanien und Irland

Deutschland: Insolvenzwellen 2008 noch nicht angekommen

Tab. 2: Insolvenzquoten in den einzelnen westeuropäischen Ländern

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Griechenland	6
Spanien	7
Italien	18
Portugal	40
Großbritannien	76
Irland	82
Deutschland	96
Niederlande	103
Finnland	107
Schweden	108
Schweiz	113
Belgien	115
Norwegen	142
Dänemark	149
Frankreich	215
Österreich	224
Luxemburg	233
Durchschnitt	83

Die höchste relative Insolvenzbetreffenheit (Zahl der Unternehmensinsolvenzen eines Landes im Verhältnis zur Zahl der Unternehmen des betreffenden Landes) weisen Luxemburg (233), gefolgt von Österreich (224) und Frankreich (215) auf. Verzerrt wird das Bild allerdings durch Länder wie Spanien, Griechenland und Italien, deren Insolvenzstatistik nicht mit denen der anderen Länder vergleichbar ist. Zum einen wird die Insolvenzquote in diesen Staaten infolge der Vielzahl an Kleinbetrieben nach unten gedrückt, zum anderen beschreiten zahlungsunfähige oder überschuldete Betriebe in diesen Ländern seltener den Weg über ein Insolvenzverfahren im juristischen Sinne.

Deutschland liegt mit 96 Insolvenzfällen auf 10.000 Unternehmen leicht über dem europäischen Mittelwert. Leicht dreistellige Insolvenzquoten weisen die skandinavischen Länder auf, aber auch die Niederlande (103) und die Schweiz (113).

Tab. 3: Insolvenzbedingte Arbeitslosigkeit in Europa

■	Arbeitsplatzverluste (in Millionen)
1999	1,4
2000	1,1
2001	1,4
2002	1,6
2003	1,7
2004	1,6
2005	1,5
2006	1,4
2007	1,2
2008	1,4

Die zunehmende Zahl der Unternehmenspleiten hat die insolvenzbedingte Arbeitslosigkeit in Europa wieder ansteigen lassen. 2008 dürften rund 1,4 Millionen Beschäftigte von der Pleite ihres Arbeitgebers betroffen gewesen sein. Damit müssen etwa 200.000 Betroffene mehr als in 2007 um ihren Arbeitsplatz fürchten. Noch konnten die Arbeitsmärkte den Verlust einigermaßen wegstecken. Im Vergleich lagen die Jahresdurchschnittswerte der Arbeitslosenquoten 2008 auf einem eher niedrigen Stand. Die zunehmende Zahl von Großinsolvenzen mit mehreren Tausend Entlassungen und die schlechter werdenden Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt stellen viele betroffene Arbeitnehmer aber vor eine ungewisse Zukunft.

1,4 Millionen Arbeitsplätze gefährdet

2.2 Privatsolvenzen in Europa

Während die Zahl der Unternehmenspleiten im Jahr 2008 deutlich anstieg, ist die Zahl der Privatsolvenzen leicht rückläufig. So wurden in den Ländern, über die eine entsprechende Zeitreihe vorliegt, 2008 3,6 Prozent weniger Insolvenzverfahren gezählt als im Jahr zuvor. Registriert wurden insgesamt rund 291.400 Fälle.

Verschonungspause bei den Privatsolvenzen

Der rückläufige Trend ist vor allem auf die Entwicklungen in Deutschland und den Niederlanden zurückzuführen. Im am dichtesten besiedelten Flächenstaat

Europas ging die Zahl der Privatinsolvenzen von 15.060 auf 9.500 Betroffene zurück. Das entspricht einem Minus von knapp 37 Prozent. Die Verminderung geht aber auf gesetzliche Änderungen zurück, die das Verschuldungskriterium und damit die Aufnahme in die Statistik verschärft haben. In Schweden hatte ein neues Entschuldungsverfahren 2007 zu einem sprunghaften Anstieg der Fälle geführt. Dass die Zahlen jüngst wieder leicht zurückgegangen sind (minus 7,8 Prozent), scheint wohl auch daran zu liegen, dass 2007 ein größerer Rückstau aus den Vorjahren mit aufgelöst wurde. Vor diesem Hintergrund sind die aktuellen Zahlen als hoch zu bewerten.

In Deutschland fiel der Rückgang der Privatinsolvenzen mit 6,4 Prozent etwas geringer aus. Die absolute Verringerung beträgt knapp 9.000 Personen. Trotz der Abnahme bei den Verbraucherinsolvenzen, weist Deutschland immer noch die meisten Fälle auf (126.900), dicht gefolgt von Großbritannien (121.440). Einen kräftigen Zuwachs der privaten Überschuldungsverfahren gibt es in Finnland (plus 24,7 Prozent) sowie in Österreich (plus 11,0 Prozent). In beiden Ländern liegt die Zuwachsrate im zweistelligen Bereich.

Kräftiger Zuwachs in Finnland

Tab. 4: Privatinsolvenzen in Europa

■	2008	2007	2006	2005	Veränderung 2007/08 in Prozent
Deutschland	126.900	135.600	127.280	99.720	- 6,4
Finnland	11.680	9.370	o. A.	o. A.	+ 24,7
Großbritannien	121.440	120.775	120.926	79.426	+ 0,6
Niederlande	9.500	15.060	14.928	14.666	- 36,9
Österreich	9.560	8.616	7.583	6.462	+ 11,0
Schweden	6.300	6.831	3.830	4.178	- 7,8
Schweiz	6.000	6.140	5.840	5.714	- 2,3
Gesamt	291.380	302.392	280.387	210.166	- 3,6

Bezieht man die Zahl der Verbraucherinsolvenzen eines Landes auf die jeweilige Einwohnerzahl, erhält man die relative Insolvenzbetroffenheit. Während Finnland mit 22 Verbraucherpleiten pro 10.000 natürliche Personen die höchste Insolvenzdichte aufweist, sind im Nachbarland Schweden nur sieben Insolvenzen je

10.000 Einwohner zu zählen. Deutschland erreicht nach dieser Rechnung eine Quote, die im Bereich des europäischen Durchschnittswertes (15) liegt. Eine Insolvenzdichte über dem europaweiten Mittel verzeichnet Großbritannien. Im Vereinigten Königreich mussten im Jahr 2008 20 Personen pro 10.000 Einwohner den Gang in die Privatinsolvenz antreten.

Tab. 5: Insolvenzquoten (Privatpersonen) in den einzelnen westeuropäischen Ländern

■	Insolvenzen je 10.000 Privatpersonen
Niederlande	6
Schweden	7
Schweiz	8
Österreich	11
Deutschland	15
Großbritannien	20
Finnland	22
Gesamt	15

Da das Jahr 2008 von hohen Wertverlusten bei fast allen Vermögensanlagen gekennzeichnet war und die Arbeitslosigkeit aufgrund der Wirtschaftsflaute stark ansteigen dürfte, wird in den kommenden Monaten verstärkt mit privaten Überschuldungsverfahren zu rechnen sein.

■ 3 Mittelstandsstruktur und Finanzierung

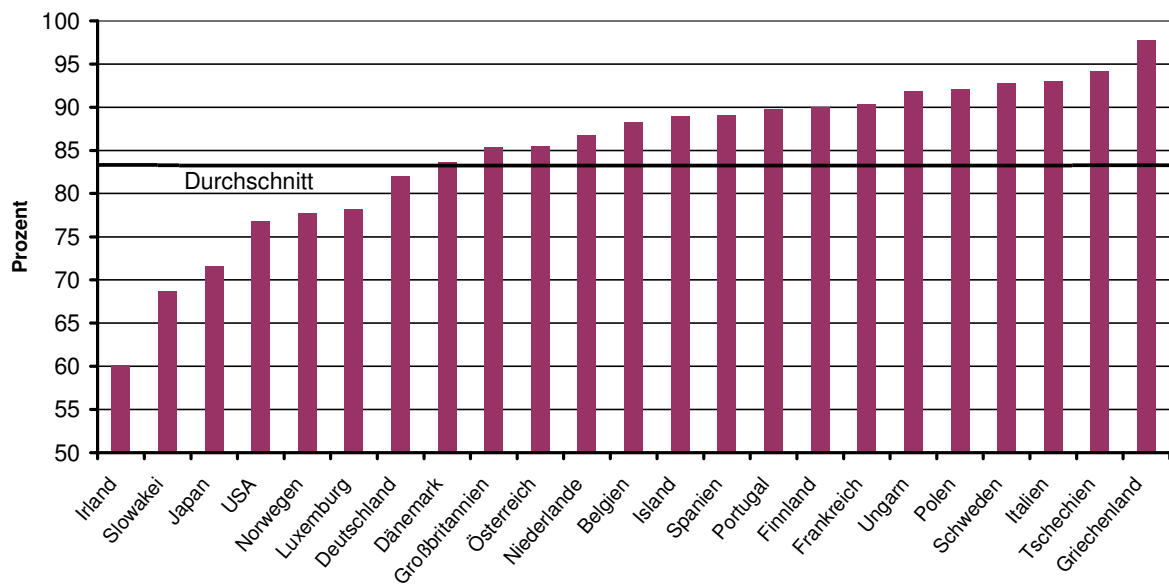
3.1 Bedeutung des KMU-Sektors für Europa

Die überwiegende Mehrzahl der ca. 20 Mio. Unternehmen in Europa sind kleine und mittlere Betriebe. Nach der Statistik der OECD sind in rund 85 Prozent der europäischen Industrieunternehmen weniger als 20 Mitarbeiter beschäftigt. Die Bundesrepublik liegt mit einem Wert von etwa 82 Prozent dabei im Mittelfeld der europäischen Staaten. Die Unterschiede innerhalb Europas hinsichtlich der Unternehmensgrößenstruktur sind auf verschiedene strukturelle, institutionelle und historische Bedingungen zurückzuführen. So firmieren viele Firmen in Südeuropa als Einzelunternehmen. Zudem gibt es in diesen Ländern typischerweise eine

Das Gros der Unternehmen ist mittelständisch

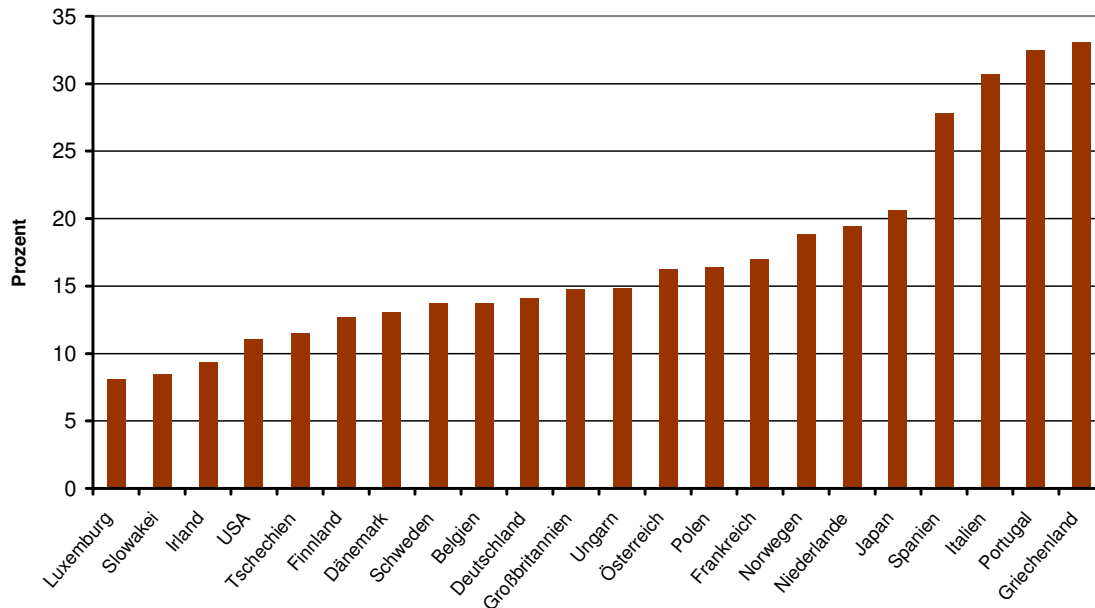
höhere Fluktuation im Unternehmenssektor mit vielen Neugründungen, aber auch Betriebsschließungen. In den traditionellen Industrieländern wie Deutschland, Großbritannien und Japan findet sich dagegen ein nicht unbedeutender Anteil mittlerer und auch größerer Unternehmen. In bestimmten Branchen, vor allem den exportorientierten Zweigen, ist das auf die notwendigen Konzentrationstendenzen zurückzuführen.

Anteil der Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten



Der Beschäftigungsbeitrag des Mittelstandes unterscheidet sich in den einzelnen europäischen Staaten ebenfalls erheblich. So sind Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern für gut ein Siebtel der deutschen Industriearbeitsplätze verantwortlich. In Portugal und Griechenland erreicht dieser Anteil schon ein Drittel.

Bedeutung der Kleinbetriebe für den Arbeitsmarkt



3.2 Aktuelle Finanzierungsbedingungen

In Zeiten der globalen Krise an den Finanzmärkten kommt der Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen für deren Stabilität eine ganz entscheidende Bedeutung zu. Anders als Großunternehmen bleibt ihnen der Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten vielfach verwehrt. Eigenfinanzierungskraft über den Cash Flow, thesaurierte Gewinne sowie Bankdarlehen stellen für mittelständische Unternehmen in allen Teilen Europas die wichtigsten Finanzierungsquellen dar. Im Verlauf des vergangenen Jahres haben sich die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen erheblich verschärft. Das betrifft zum einen die Fremdkapitalkosten, die sich nach Jahren historisch niedriger Zinsen wieder massiv verteuerten und stärker die Ausfallrisiken berücksichtigen, zum anderen aber auch die eigenen Erträge, die unter der Konjunkturschwäche leiden.

Im Bereich des Fremdkapitals werden insbesondere für kurzfristige Finanzierungen mittlerweile erheblich höhere Kosten und Risikoaufschläge fällig. Hinzu kommt eine Art Kreditwürdigkeitsklemme, da Banken ihre Kreditausreichungen einschränken bzw. an deut-

Finanzierung des Mittelstands war Härtetest

Höhere Risikoaufschläge und Kreditsicherheiten

lich härtere Bedingungen knüpfen, was beispielsweise Kreditsicherheiten, Eigenkapitalquote und Bonität angeht. Die Finanzierung der mittelständischen Betriebe kommt noch von einer weiteren Seite in Bedrängnis: Im Zuge des globalen Wirtschaftsabschwungs sind die meisten europäischen Staaten in die Rezession gerutscht. Die Finanzierungsengpässe bedrohen die mittelständischen Unternehmen in einer Zeit, in der ihre Geschäfte aufgrund der verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ohnehin ungünstiger laufen und die Gewinne wegbrechen. Zudem verheißen die Perspektiven für 2009 wenig Gutes.

3.3 Eigenkapitalsituation des Mittelstandes

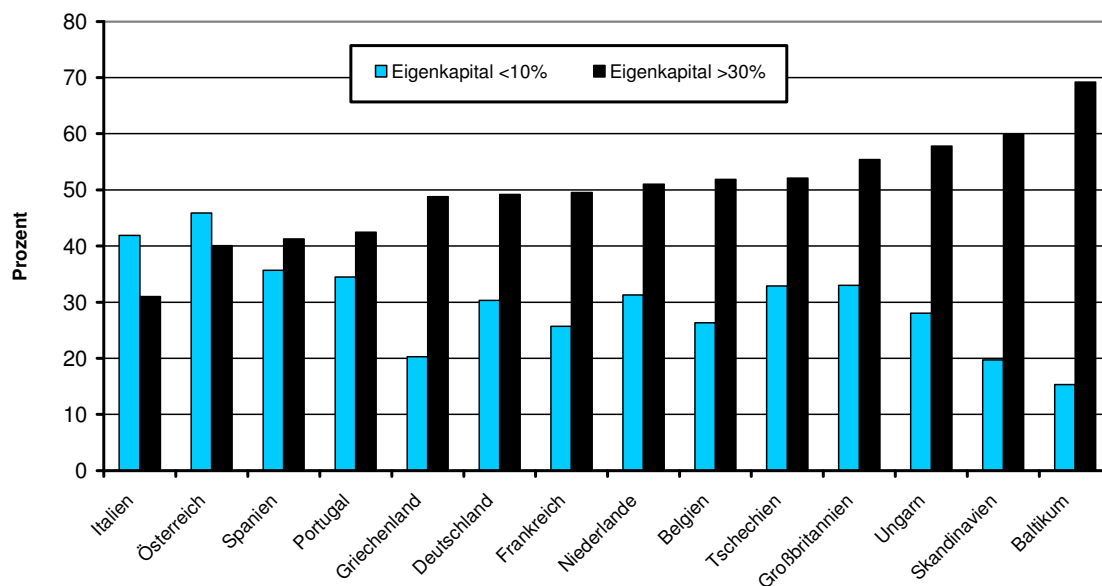
Aus Finanzierungsgesichtspunkten kommt dem Eigenkapital als wichtige Bonitätskennziffer eine große Bedeutung zu. Bonitätsschwache Unternehmen haben bei Kreditentscheidungen schlechte Karten. Das zeigt eine aktuelle Untersuchung der Creditreform Wirtschaftsforschung unter deutschen Mittelständlern. Danach haben Unternehmen, deren Eigenkapitalquote unter zehn Prozent der Bilanzsumme liegt, einen wesentlich schwierigeren Kapitalzugang. 42 Prozent dieser Unternehmen berichteten, dass sich die Konditionen für Fremdkapital in den letzten Monaten merklich verschärft hätten. Unter den Unternehmen mit einer Eigenkapitalquote von über 30 Prozent lag dieser Anteil bei lediglich knapp 16 Prozent. Der eklatante Unterschied macht das gestiegene Bedürfnis der Fremdkapitalgeber nach Sicherheit deutlich. Die Ausfallrisiken bei unterkapitalisierten Unternehmen sind einfach höher.

Eigenkapital ist wichtige Bonitätskennziffer

Die Grafik auf S. 11 zeigt die Eigenkapitalausstattung europäischer Unternehmen. Dem deutschen Mittelstand wurde über viele Jahre zu Recht vorgeworfen, eine ungünstige Bilanzstruktur hinsichtlich Eigen- und Fremdmitteln aufzuweisen und damit anfällig zu sein für Zahlungsausfälle und Umsatzeinbrüche. Doch auch in anderen europäischen Staaten sind viele Betriebe zu schwach mit Eigenkapital ausgestattet. So besitzen 36 Prozent der spanischen und 42 Prozent der italieni-

schen Unternehmen Eigenkapitalquoten unter zehn Prozent. Dagegen sind Unternehmen im Baltikum oder Skandinavien weitaus besser gerüstet. Hier weist jeweils nur ein geringer Anteil der Betriebe eine unterkapitalisierte Bilanzstruktur auf (Baltikum: 15,3 Prozent; Skandinavien: 19,7 Prozent).

Eigenkapitalquoten in Europa



Quelle: Amadeus Bilanzdatenbank, Bureau von Dijk/Creditreform.

Festzustellen ist auch, dass die durchschnittliche Eigenkapitalquote in den zurückliegenden Jahren aufgrund der guten Wirtschaftslage zwar leicht gestiegen ist. Allerdings hat sich zunehmend eine Schere bei der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen geöffnet. So gilt etwa jedes zweite europäische Unternehmen aus dem KMU-Sektor als solide finanziert. Dieser Prozentsatz hat sich auch aufgrund der guten Konjunktur-entwicklung der Jahre 2006 und 2007 zuletzt leicht erhöht. Auf der anderen Seite sind aber nach wie vor viele kleine und mittlere Betriebe drastisch unterkapitalisiert. Europaweit ist ungefähr ein Drittel der Unternehmen betroffen, wobei es die angesprochenen starken nationalen Unterschiede gibt. Gleichwohl wird hieran die Problematik des unheilvollen Zusammen-treffens von wirtschaftlichem Abschwung und Finanzie-rungsengpässen deutlich. Die Insolvenzspirale in Eu-ropa dürfte das weiter verstärken.

Ein Drittel der KMU ist unterkapitalisiert

Hohe Verschuldung europäischer Unternehmen

Die zunehmende Insolvenzgefahr wird durch jüngste Analysen der EZB zur Verschuldungssituation europäischer Unternehmen noch verschärft. Danach ist die Verschuldung des Unternehmenssektors im Verhältnis zum BIP mittlerweile auf rund 85 Prozent nach oben geschnellt. Im Zeitraum 2000 bis 2005 bewegte sich dieser Anteil lediglich zwischen 70 und 75 Prozent. Im gleichen Atemzug stieg auch die Nettozinsbelastung der europäischen Unternehmen an. Ohne günstige Anschlusskredite und den für Zins- und Tilgungszahlungen notwendigen Cash Flow könnte das den Ruin für viele bedeuten.

Den Unternehmen ist dringend zu raten, Verschuldung abzubauen und die Eigenkapitalquote zu erhöhen. Neben den klassischen Finanzierungsformen sollte das Finanzierungsspektrum erweitert werden und Alternativen wie privates Beteiligungskapital oder Angebote der Förderbanken gegen eine zu starke Abhängigkeit von Bankkrediten einbezogen werden.

3.4 Zahlungsverhalten

Italiener lassen sich viel Zeit

Viele Unternehmen in Europa haben seit Jahren mit verspäteten Zahlungseingängen zu kämpfen. Und in wirtschaftlich schwachen Zeiten verschärft sich diese Entwicklung meist. So auch 2008. Am längsten warten italienische (92 Tage), französische (58 Tage) und britische (53 Tage) Unternehmer auf die pünktliche Bezahlung ihrer Produkte und Dienstleistungen. Kommt ein Zahlungsverzug hinzu, vergehen in diesen Ländern sogar zwei bis drei Monate, ehe die Rechnung beglichen wird. Verglichen mit dem Vorjahr entspricht das einem leichten Anstieg. Besser ergeht es den Betrieben in den Niederlanden und der Schweiz. Hier wird der Zahlungseingang für gelieferte Produkte und Dienstleistungen bereits nach 24 Tagen, spätestens aber nach 40 Tagen, verzeichnet. Ähnlich in Deutschland. Je länger ein Betrieb auf seine Zahlungseingänge warten muss, desto stärker ist die eigene Liquidität gefährdet. Ein Vergleich mit den Unternehmensinsolvenzen zeigt: In den Niederlanden und der Schweiz ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen

im vergangenen Jahr gesunken. In Italien und Frankreich hingegen ist die Insolvenzquote für Firmen gestiegen.

Tab. 6: Zahlungsverhalten in Europa in Tagen

■	Zahlungs- ziele	Zahlungs- verzug	Gesamt
Italien	66 (66)	26 (23)	92 (89)
Frankreich	44 (43)	14 (14)	58 (57)
Großbritannien	34 (35)	19 (19)	53 (54)
Belgien	33 (33)	15 (13)	48 (46)
Österreich	29 (30)	13 (11)	42 (41)
Niederlande	25 (24)	15 (15)	40 (39)
Schweiz	24 (23)	16 (16)	40 (39)
Deutschland	25 (25)	14 (12)	39 (37)
Schweden	27 (28)	8 (8)	35 (36)

() = 2007

■ 4 Branchenstruktur der Insolvenzen

Den größten Anteil am Insolvenzgeschehen Europas stellte 2008 der Dienstleistungssektor. Gut 36 Prozent aller Pleiten betrafen ein Dienstleistungsunternehmen. Allerdings ist die Dienstleistungsbranche auch mit Abstand der größte der vier Hauptwirtschaftsbereiche, so dass die hohe absolute Insolvenz betroffenheit nicht verwundert. Gegenüber 2007 hat sich der Anteil dieses Sektors aber um gut zwei Prozentpunkte erhöht. Gründe hierfür dürften die deutlich gestiegenen Insolvenzquoten im Transportsektor, in der Immobilienwirtschaft und bei den unternehmensnahen Diensten – nicht zuletzt im Bereich Finanzierung – sein. Diese Branchen waren von Finanzkrise und Konjunkturrückgang zuerst massiv betroffen.

Ebenfalls eine höhere Quote als im Vorjahr weist der europäische Bausektor auf. Waren 2007 noch 17,6 Prozent aller insolventen Unternehmen dem Baugewerbe zuzurechnen, sind es ein Jahr später bereits 19,3 Prozent. Der Zusammenbruch der heiß gelaufenen Immobilienmärkte in Spanien und Großbritannien

Mehr Baubetriebe gehen pleite

hat für viele Pleiten im aufgeblähten Bausektor dieser Länder gesorgt. Auch in anderen Teilen Europas blieb die Bautätigkeit schwach und die Bedeutung des Sektors ging tendenziell zurück.

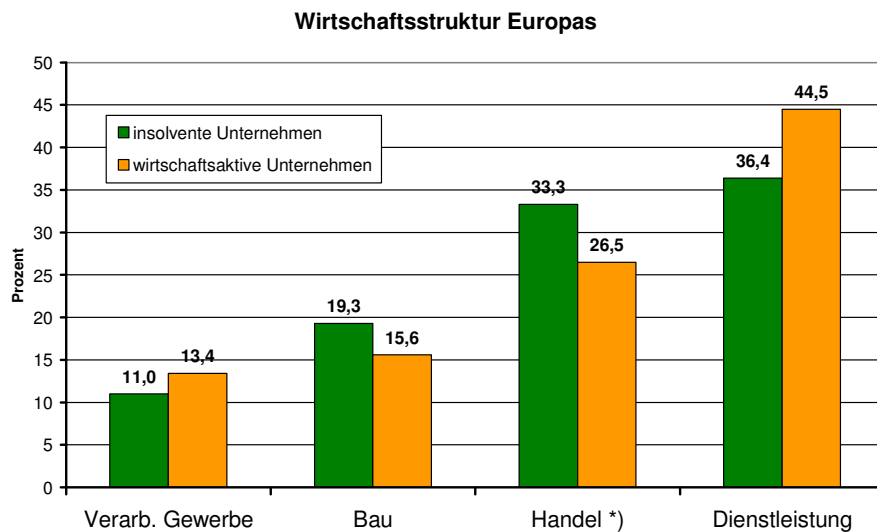
Tab. 7: Anteil der einzelnen Hauptwirtschaftsbereiche in Europa 2008 (Durchschnitt)

■	Insolvenzanteil
Verarbeitendes Gewerbe	11,0 (12,4)
Bau	19,3 (17,6)
Handel *)	33,3 (35,7)
Dienstleistungen	36,4 (34,3)

*) inklusive Horeca, Angaben in Prozent, () = 2007

***Handel und Gastgewerbe
überproportional betroffen***

Gemessen an allen Insolvenzfällen, waren Industrieunternehmen im Jahr 2008 weniger stark betroffen als ein Jahr zuvor. Knapp ein Neuntel der Pleitekandidaten (11,0 Prozent) gehörten dem Verarbeitenden Gewerbe an. 2007 lag dieser Anteil noch bei 12,4 Prozent. Diese Entwicklung spiegelt sich wider, wenn man auf die Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur zwischen insolventen und wirtschaftsaktiven Unternehmen schaut. So finden sich Unternehmen aus den Sektoren Bau und Handel weitaus häufiger in den Insolvenzstatistiken, als es ihrem Anteil an der gesamten Wirtschaftsstruktur entspricht. Beispielsweise war 2008 jede fünfte Pleite (19,3 Prozent) einem Baubetrieb zuzurechnen, die in der gesamten Wirtschaftsstruktur Europas nur einen Anteil von 15,6 Prozent besitzen (siehe Grafik).



*) inklusive Horeca, Angaben in Prozent

Für das Insolvenzgeschehen an Bedeutung verloren hat 2008 der Handel samt Gastgewerbe. Nachdem 2007 noch 35,7 Prozent der Firmenzusammenbrüche auf dieses Wirtschaftssegment entfielen, war es 2008 nur ein Drittel. Allerdings sind im Handel nach wie vor überdurchschnittlich viele Pleiten auszumachen.

In den einzelnen europäischen Staaten verlief die Entwicklung der branchenbezogenen Insolvenzbetreffenheit unterschiedlich. Auffällig ist die hohe Insolvenzbetreffenheit des Bausektors in Frankreich (26,5 Prozent) und Spanien (25,9 Prozent), aber auch in Dänemark (23,1 Prozent).

Tab. 8: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen 2008

■	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel *)	Dienstleistung
Belgien	7,7 (8,5)	14,5 (13,3)	49,6 (51,0)	28,2 (27,2)
Dänemark	10,1 (11,7)	23,1 (21,2)	31,3 (32,7)	35,5 (34,3)
Deutschland	8,4 (8,7)	16,1 (17,0)	34,6 (34,6)	40,9 (39,7)
Frankreich	8,6 (9,1)	26,5 (25,8)	36,0 (36,0)	28,8 (29,1)
Großbritannien	12,8 (13,1)	18,5 (17,8)	26,4 (26,7)	42,3 (42,5)
Niederlande	11,0 (11,9)	13,7 (13,4)	31,5 (31,8)	43,8 (42,9)
Norwegen	9,3 (8,7)	16,5 (14,7)	40,1 (44,9)	34,0 (31,7)
Österreich	6,7 (6,5)	17,7 (16,6)	37,6 (38,8)	38,0 (38,1)
Spanien	26,7 (35,5)	25,9 (21,0)	19,1 (22,7)	28,3 (20,8)
Schweden	10,5 (10,3)	15,4 (15,6)	36,9 (37,6)	37,3 (36,5)

*) inklusive Horeca, Angaben in Prozent, () = 2007

■ 5 Länderberichte

5.1 USA

USA vor dem Aufbruch in tiefer Krise

Die Vereinigten Staaten stecken seit rund einem Jahr in einer schweren Wirtschaftskrise. Die Bürde, die der neue US-Präsident Obama mit auf dem Weg bekommen hat, ist enorm. Rund 2,5 Mio. Jobs, insbesondere in der Industrie, sind in den letzten zwölf Monaten verloren gegangen. Die Arbeitslosenquote ist auf den höchsten Stand seit dem Beginn der 90er Jahre hochgeschwungen. Wichtige US-Industriebranchen, allen voran die Automobilkonzerne, liegen am Boden. Die Bankenkrise hat den Finanzsektor komplett durcheinander gewirbelt und zu einer Kreditklemme geführt. So sind einstmals große Institute mittlerweile ganz vom Kurszettel verschwunden oder wurden verstaatlicht. Kurz gesagt: Kein Stein ist im Land der unbegrenzten Möglichkeiten auf dem anderen geblieben.

Hypothekenlast lässt das Land erstarren

Die Ursachen der fatalen Krisen aus Bankenpleiten und Wirtschaftsabschwung sind schnell ausgemacht. Über Jahre haben die US-Verbraucher ihren Konsum auf Pump finanziert. Billiges Geld und wilde Spekulationsgeschäfte, bei denen fast alle mitmachen oder wegsahen, haben riesige Vermögenspreisblasen, vor allem auf dem Immobilienmarkt, entstehen lassen. Viele dieser Vermögenstitel waren lediglich mit Illusionen unterlegt. Solange die Häusermärkte boomten, konnte jeder Schuldner, der in Zahlungsverzug geriet, das Eigenheim mit Gewinn verkaufen und so die Hypothek tilgen. Nun aber übersteigt bei jedem dritten US-Haushalt die Hypothek den Wert des Immobilienvermögens. Die Blase ist geplatzt und mit ihr der Traum von Millionen Amerikanern.

Der Einbruch der privaten Konsumausgaben, die in den USA für fast 70 Prozent zur Wirtschaftsleistung beitragen, kam folgerichtig. Die gestiegene Arbeitslosigkeit, das Auslaufen der Steuergutschriften und eine vermehrte Notwendigkeit zur Vorsorge gegen Alter und Krankheit zwingen viele US-Haushalte zu größeren Sparanstrengungen. Dazu kommt, dass viele einen Großteil ihres Vermögens verloren haben.

Tab. 9: Insolvenzen in den USA

■	2008	2007	Veränder. in %
Gesamt	1.089.950	850.912	+ 28,1
Unternehmen	39.950	28.322	+ 41,1
Privatpersonen	1.050.000	822.590	+ 27,6

Die massiven Folgen spürte die US-Wirtschaft schon 2008. So ist die Zahl der Insolvenzen sprunghaft angestiegen. Bei den Unternehmenspleiten gab es einen Zuwachs von gut 41 Prozent gegenüber 2007. Fast 40.000 US-Unternehmen haben 2008 Konkurs beantragt. Die Zahl der insolventen Privatpersonen ist 2008 über die Millionen-Grenze gesprungen. Und: Das Pleiterisiko steigt aufgrund der Wirtschaftsflaute weiter. Die Verschuldung von Verbrauchern und Unternehmen ist unverändert hoch, Refinanzierungen und Anschlussdarlehen sind gar nicht oder nur zu verschärften Konditionen zu bekommen.

Trotz der wiederholten Rettungsaktionen der US-Regierung und eines 700 Mrd. Dollar Maßnahmenpakets ist der Sturm an den Finanzmärkten noch nicht vorüber. Das wurde bei den Quartalsberichten der Kreditinstitute im vierten Quartal 2008 wieder mehr als deutlich. Immer neue Milliardenlöcher taten sich auf. Merrill Lynch musste einen Verlust von 21,5 Mrd. Dollar eingestehen, auch die Bank of America und die Citigroup kämpfen mit tiefroten Zahlen. Möglicherweise wird eine „Bad Bank“ das Überleben vieler amerikanischer Banken sichern und so den für die Unternehmen so wichtigen Kreditfluss wieder in Gang bringen. Immer noch knausern die Institute aber bei der Kreditvergabe. Daran konnten auch die in der Vergangenheit geleisteten staatliche Eigenkapitalhilfen wenig ändern, die größtenteils wirkungslos blieben und durch die Verluste aufgeessen wurden.

Reichen 700 Mrd. US\$?

5.2 Deutschland

In Deutschland ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 2008 erstmals seit fünf Jahren wieder angestiegen. Im Verlauf des Jahres 2008 mussten knapp

***Pleitewelle hat Deutschland
noch verschont***

30.000 deutsche Unternehmen den Gang zum Insolvenzrichter antreten – gut zwei Prozent mehr als im Vorjahr. Großpleiten, wie SinnLeffers und Hertie zur Jahresmitte und die ersten Opfer der Autokrise bei den Zulieferern zum Jahresende, füllten die Medien in der Bundesrepublik. Die Zahl der insolventen Privatpersonen ging hingegen im Gesamtjahr 2008 um 6,4 Prozent auf knapp 127.000 Fälle zurück. In dieser Zahl zusammengefasst sind Verbraucherpleiten (98.500 Betroffene) und die sonstigen Insolvenzen – wie Nachlasskonkurse und persönlich haftende Gesellschafter (28.400 Fälle). Im Vorjahr hatte die Zahl der Verbraucherinsolvenzen noch deutlich über der 100.000er Marke gelegen (105.300). Die Abnahme beruht allerdings nur zum Teil auf einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der deutschen Verbraucher, sondern vielfach auf einer Einschränkung der Beratungsleistungen von Seiten der Gerichte.

Tab. 10: Insolvenzen in Deutschland

■	2008	2007	Veränder. in %
Gesamt	156.700	164.750	- 4,9
Unternehmen	29.800	29.150	+ 2,2
Privatpersonen	126.900	135.600	- 6,4

2009 wird Rezessionsjahr

2009 wird für die deutsche Wirtschaft ein schwieriges Jahr werden. Die Bundesregierung rechnet mittlerweile mit einem Wachstumsminus von 2,25 Prozent – so viel wie noch nie seit dem 2. Weltkrieg. Viele Unternehmen müssen ihre Geschäftserwartungen nach unten revidieren, die Finanzierungssituation der Unternehmen wird sich verschlechtern, die Forderungsausfälle steigen. Die Kreditversicherer ziehen sich aus Teilen des Marktes ganz oder teilweise zurück. Vielen bonitätschwachen Unternehmen wird die geringere Nachfrage, gepaart mit einer eingeschränkten Kreditvergabe, Schwierigkeiten bereiten. Daher erwartet Creditreform für 2009 ein Ansteigen der Unternehmensinsolvenzen auf 33.000 bis 35.000 Fälle.

Um die Rezession abzumildern, hat die Bundesregierung bereits zwei umfassende Konjunkturpakete verabschiedet, die zum einen auf eine Stimulierung der

Nachfrage zielen und zum zweiten die Finanzierungssituation des Unternehmenssektors entspannen sollen. Diese Maßnahmen dürften im Verlauf des Jahres Wirkung entfalten und den schlimmsten Absturz verhindern. Auch unterstützen die Preissenkungen bei Energie und Kraftstoffen die private Nachfrage und wirken so wie ein zusätzliches Konjunkturprogramm. Dennoch: Wie sich schon im zu Ende gehenden Jahr abzeichnete, bekommen insbesondere der Fahrzeugbau und die mittelständischen Zulieferbetriebe sowie die Autohändler den Konjunkturabschwung zu spüren. Auch die Transport- und Logistikwirtschaft sowie viele unternehmensnahe Dienstleistungsbereiche, Call Center und Personalvermittlungsagenturen werden unter merklich steigenden Insolvenzzahlen zu leiden haben.

5.3 Großbritannien

Die britische Volkswirtschaft ist bereits Mitte 2008 tief in die Rezession gerutscht. Das Platzen des aufgeblähten Immobilien- und Finanzmarktes und die hohe Verschuldung der Verbraucher haben die Konjunktur im Vereinigten Königreich abgewürgt. 2009 dürfte für das Land das schwerste seit mehr als 25 Jahren werden. Auch massive Leitzinssenkungen der Bank of England konnten die Talfahrt bislang kaum aufhalten. Im Zuge dieser Entwicklung ist die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche auf der Insel um mehr als 15 Prozent auf knapp 15.000 Fälle angestiegen. Medienwirksame Pleiten wie der Fall der britischen Woolworth und Waterford Wedgwood zeigen nur die Spitze des Eisbergs.

Auf einem hohen Niveau liegt weiter die Zahl privater Insolvenzen. Mit 121.440 Betroffenen wurden sogar 0,6 Prozent mehr Fälle gezählt als im Vorjahr. Aufgrund der hohen Hypothekenbelastung der britischen Haushalte und des raschen Anstiegs der Arbeitslosenquote auf mittlerweile über sechs Prozent dürfte dieser Trend 2009 weiter an Dynamik gewinnen. Allein die Verschuldung der Privathaushalte ist enorm – im Durchschnitt steht jeder der rund 15 Mio. verschuldeten Haushalte mit 60.000 Pfund in der Kreide. Das

***Leitzinssenkung und
Konjunkturpakete reichen
nicht***

macht Millionen von Briten anfällig, beim Verlust des Arbeitsplatzes, bei Krankheit oder Trennung in Zahlungsrückstand zu geraten.

Tab. 11: Insolvenzen in Großbritannien

■	2008	2007	Veränder. in %
Gesamt	136.320	133.668	+ 2,0
Unternehmen	14.880	12.893	+ 15,4
Privatpersonen	121.440	120.775	+ 0,6

Die britische Regierung setzt bei den Gegenmaßnahmen auf eine zeitweise Senkung der Umsatzsteuer und ein Infrastrukturprogramm. So soll die Konsumzurückhaltung der Verbraucher aufgebrochen werden. Mit einem Gesamtwert von ca. 22 Mrd. Euro dürften diese Maßnahmen allerdings kaum schnelle Wirkung erzielen. Für 2009 ist mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung im Königreich von knapp drei Prozent zu rechnen. Insbesondere der Immobilien- und Bausektor sowie der Banken- und Finanzsektor werden schrumpfen. Wichtige Kreditinstitute mussten mittlerweile sogar verstaatlicht werden – ein ungeheurer Vorgang im Mutterland des Kapitalismus.

5.4 Frankreich

Frankreich ist als einzige der großen Volkswirtschaften Europas 2008 noch nicht vollends in die Rezession gerutscht. Dennoch fiel die Konjunkturabkühlung in der zweitgrößten Volkswirtschaft Europas sehr deutlich aus. Insbesondere die Exporte gingen massiv zurück. Dagegen ist der private Konsum noch vergleichsweise robust und stützt die Konjunktur. Für 2009 wird so mit einem leichten Zuwachs der Wirtschaftsleistung von 0,2 bis 0,5 Prozent gerechnet. Gleichwohl hat der französische Präsident Nicolas Sarkozy Ende 2008 ein 26 Mrd. Euro umfassendes Konjunkturprogramm vorgestellt. Dadurch soll vor allem Industriesektoren wie Automobil und Bau unter die Arme gegriffen werden. 100.000 neue Arbeitsplätze sollen entstehen. Die Gefahr, dass die Wirtschaftskrise rasch auf den Arbeitsmarkt durchschlägt, ist groß.

Konsum der Franzosen stützt die Konjunktur

Allerdings erhöht das die Konjunktur stützende Maßnahmenpaket die Staatsverschuldung Frankreichs weiter. Bereits im abgelaufenen Jahr dürfte das Land erneut gegen die Maastrichter Verschuldungsregeln verstoßen haben, wonach die jährliche Neuverschuldung unter drei Prozent des nationalen BIP liegen soll. Das engt den Spielraum für die künftige Politik stark ein.

Tab. 12: Unternehmensinsolvenzen in Frankreich

■	2008	2007	Veränder. in %
	49.100	42.532	+ 15,4

In den Insolvenzstatistiken ist der Konjunkturabschwung bereits angekommen. 2008 wurden gut 49.000 Unternehmenspleiten in Frankreich gezählt – ein Plus von mehr als 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dieser Wert markiert einen neuen Höchststand. Der schon hohe Sockelbetrag an Firmenpleiten hat sich damit weiter erhöht.

5.5 Spanien

Die wirtschaftliche Lage in Spanien hat sich im Verlauf des Jahres 2008 massiv verschlechtert. So dürfte die Wirtschaftsleistung nur noch um 1,3 Prozent gewachsen sein, nach 3,7 Prozent in 2007. Für 2009 ist sogar ein Rückgang des BIP um etwa 1,0 Prozent sehr wahrscheinlich. Der Konjunkturabschwung auf der Iberischen Halbinsel ist vor allem auf das abrupte Ende eines langjährigen Immobilienbooms zurückzuführen. Das Ausbleiben von Investitionen in den Wohnungsbau hat eine erhebliche (Gesund-)Schrumpfung des Bausektors zur Folge. Nach dem Aus für Martinsa Fesa, Spaniens größter Immobilienfirma, im Juli 2008 hat sich der Niedergang im spanischen Bausektor beschleunigt. Der größte Insolvenzfall in der Geschichte Spaniens brach unter einem Schuldenberg von 5,2 Mrd. Euro zusammen. Mit in die Tiefe gerissen wurde der Traum zehntausender Familien vom eigenen Heim.

Ende des Immobilienbooms

139 Prozent mehr Pleiten

Die Auswirkungen der Konjunkturschwäche und deutlich restriktivere Finanzierungsbedingungen schlagen schon 2008 voll auf die Zahl der Unternehmenspleiten durch. So wurden 2.100 Konkurse spanischer Unternehmen gezählt, ein deutlicher Anstieg um mehr als das Doppelte gegenüber dem Vorjahr. Um dieser „Explosion“ Herr zu werden, hat die spanische Regierung eine Änderung im Insolvenzrecht auf den Weg gebracht, die vorsieht, dass das gegenwärtige Unternehmensvermögen auch unter die Marke von 50 Prozent des Grundkapitals fallen darf, ohne dass dies bereits zur Überschuldung und der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens führt. Zwei Jahre bekommen die in Schieflage geratenen Unternehmen nun Zeit, die Bilanzstruktur wieder in Ordnung zu bringen. Gleichwohl dürfte aufgrund der hohen Verschuldung spanischer Unternehmen und der höchsten Kreditausfallrate seit mehr als neun Jahren ein weiterer Anstieg der Unternehmenspleiten für 2009 wahrscheinlich sein.

Tab. 13: Unternehmensinsolvenzen in Spanien

■	2008	2007	Veränder. in %
	2.100	880	+ 138,6

Um der lahmen Volkswirtschaft unter die Arme zu greifen, hat der Staat ein weiteres elf Mrd. Euro umfassendes Konjunkturprogramm auf den Weg gebracht. Schon im vergangenen Frühjahr wurde ein Paket mit mehreren Mrd. Euro geschnürt. So sollen vor allem öffentliche Investitionen den schwächelnden Bausektor stützen. Zudem sind zehntausende neue Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst geplant. Der Staat kann so möglicherweise einen Teil der in der Privatwirtschaft wegfallenden Stellen auffangen. Dennoch wird die im internationalen Vergleich bereits hohe Arbeitslosenquote weiter steigen. Zusammen mit dem sinkenden Immobilien- und Aktienvermögen der Spanier dürfte das deren Kaufkraft und damit den privaten Konsum negativ beeinflussen.

5.6 Italien

Italien befindet sich bereits seit einiger Zeit in einer Phase schwachen Wirtschaftswachstums. 2008 konnte das nationale BIP allein im ersten Jahresviertel gegenüber dem Vorquartal moderat zulegen. Im Gesamtjahr 2008 dürfte die Wirtschaftsleistung der Apenninhalbinsel sogar leicht geschrumpft sein. Im Jahr 2007 gab es anders als in den meisten europäischen Staaten ein vergleichsweise schwaches BIP-Wachstum. Hauptursache war die schwache Binnen- nachfrage, die unter der bis in die zweite Jahreshälfte hineinreichenden kräftigen Inflationsraten sowie den deutlichen Vermögensverlusten aufgrund der Immobilien- und Aktienmarktschwäche zu leiden hatte. Die Auswirkungen der Nachfrageschwäche zeigen sich in einer rückläufigen Investitionsdynamik der Unternehmen und sinkenden Exporten. Allerdings weist Italien eine nicht unerhebliche Schattenwirtschaft auf. Somit wird gerade in den Dienstleistungsbereichen und der Bauwirtschaft ein größerer Teil der erbrachten Wirtschaftsleistung nicht erfasst.

Strukturschwaches Italien

Tab. 14: Unternehmensinsolvenzen in Italien

■	2008	2007	Veränder. in %
	7.128	5.518	+ 29,2

Das hochverschuldete Italien hat zur Bekämpfung von Rezession und Wachstumsschwäche bislang nur vergleichsweise geringfügige Maßnahmen veranlasst. Insgesamt umfasst das derzeitige Krisenpaket, das unter anderem Steuererleichterungen für Unternehmen und Einkaufsgutscheine vorsieht, lediglich sechs Milliarden Euro. Für ihr zögerliches Handeln musste sich die Regierung von allen Seiten viel Kritik gefallen lassen.

5.7 Japan

Anders als der Rest der Welt hatte Nippon 2006/07 einen eher schwach ausgefallenen Konjunkturaufschwung. Einige Zeit lang hatten die hohe Auslands-

Exportnation spürt die globale Krise

nachfrage, vor allem der USA, und die dynamischen Unternehmensinvestitionen den schwachen Binnenkonsum noch ausgleichen können. Mitte vergangenen Jahres ist die Wirtschaftsleistung des Landes infolge des nachlassenden Exportmotors aber bereits wieder gesunken. Im Zuge dieser Entwicklung wurden 2008 knapp 12.700 japanische Unternehmen in die Insolvenz getrieben. Das entspricht einer Steigerungsrate von 15,7 Prozent gegenüber 2007.

Tab. 15: Unternehmensinsolvenzen in Japan

■	2008	2007	Veränder. in %
	12.681	10.959	+ 15,7

Ende letzten Jahres hat die japanische Regierung ebenfalls ein umfassendes Paket zur Stützung der Konjunktur (Steuererleichterungen und Konsumschecks für die Bürger, Bürgschaften und Garantien für die mittelständischen Unternehmen) und des heimischen Bankensektors vorgestellt (220 Mrd. Euro). Der Preis für diese Maßnahmen ist aber enorm: Milliarden schwere Kapitaleinschüsse, Rettungsschirme, massenhafte Liquidität und Konjunkturstützung werden die ohnehin hohe Staatsverschuldung Japans weiter in die Höhe treiben und damit die künftige Handlungsfähigkeit des Staates stark einschränken. Aber es gab kaum eine Alternative für die Rettungsmaßnahmen. Denn: Banken haben für das Funktionieren einer modernen Volkswirtschaft eine herausragende Bedeutung.

■ 6 Mittel- und Osteuropa

Osteuropa kann sich nicht abkoppeln

Die osteuropäischen Staaten können dem weltweiten Wirtschaftsabschwung nicht entrinnen. Als Fertigungsstandort beispielsweise für die Automobilindustrie und andere Zweige des Verarbeitenden Gewerbes glänzte die Region in der Vergangenheit mit hohen Wachstumsraten von bis zu sieben Prozent pro Jahr. Der Wachstumsmotor Industrie ist bereits 2008 mächtig in Stottern geraten. 2009 dürften große Teile Osteuropas

vollends in den Abwärtssog geraten und erste Rezessionstendenzen aufweisen.

Die Auswertung des Insolvenzgeschehens in den wichtigsten Ländern der Region belegt, dass 2008 die Zahl der Insolvenzfälle deutlich zugenommen hat. So wurden in Osteuropa gut 21.500 Unternehmenspleiten gezählt – ein Zuwachs von 11,6 Prozent gegenüber 2007. Einen überdurchschnittlichen Zuwachs der Insolvenzzahl verzeichneten Slowenien (plus 17,3 Prozent) und Ungarn (plus 16,4 Prozent). Bei den Magyaren reißt der Einbruch der Industrieproduktion die Wachstumsrate nach unten. Der Anstieg der Unternehmenspleiten erfolgt zwangsläufig.

Tab. 16: Unternehmensinsolvenzen in Osteuropa

■	2008	2007	2006	2005	Veränderung 2007/08 in Prozent
Estland	366	333	352	429	+ 9,9
Lettland	1.277	1.272	1.174	830	+ 0,4
Litauen	731	647	808	773	+ 13,0
Polen	411	447	576	793	- 8,1
Slowakei	2.300	2.100	2.150	2.200	+ 9,5
Slowenien	657	560	577	o. A.	+ 17,3
Tschechien	4.513	4.250	4.227	3.882	+ 6,2
Ungarn	11.322	9.723	9.447	7.983	+ 16,4
Gesamt	21.577	19.332	19.311	16.890	+ 11,6

In Lettland lag die Zahl der Unternehmenspleiten auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr. Hier wurden 2008 1.277 insolvente Unternehmen gezählt, 2007 erreichte die Zahl der Pleiten mit 1.272 bereits ein hohes Niveau. Gleichzeitig liegt die relative Insolvenzbetroffenheit in den baltischen Ostseestaaten am höchsten. Auf 10.000 Unternehmen kommen in Litauen 115 Unternehmenspleiten, in Estland sind es 108 und in Lettland immerhin noch 99 Konkurse. Diese Entwicklung symbolisiert die ernsthaften Probleme, vor denen die Wirtschaft der Region steht. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen, hier vor allem die Auslandsinvestitionen, ist regelrecht eingebrochen. Der private Konsum kann diesen Einschnitt nicht abfedern. Der Abwärts-

Baltikum mit höchster Pleitendichte

trend dürfte 2009 anhalten. Das Baltikum muss sich auf ein frostiges Jahr gefasst machen.

Die relative Insolvenz betroffenheit ist in der Slowakei (83) größer als im direkten Nachbarland Tschechien (50). Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Insolvenzzahlen auch in Tschechien gestiegen sind. Das Land, dessen Ausfuhren meist nach Westeuropa gehen, hat vom Exportboom drei Jahre lang profitiert. 2008 hat die Dynamik aber bereits erheblich nachgelassen. Gleichwohl dürften die Wachstumsraten des Landes auch in diesem Jahr positiv bleiben.

Tab. 17: Insolvenzzquoten in den einzelnen osteuropäischen Ländern

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Polen	3
Tschechien	50
Slowenien	72
Slowakei	83
Ungarn	92
Lettland	99
Estland	108
Litauen	115
Durchschnitt	52

■ 7 Insolvenzzrisiken in Europa 2009 – Resultate einer Unternehmensbefragung

Während Banken die unmittelbaren Folgen der Finanzkrise sofort zu spüren bekommen, sind Unternehmen davon zeitverzögert betroffen. Die mittlerweile eingetretenen Probleme der Auto- und Maschinenbauindustrie sind bekannt, was ist aber mit der Breite der exportorientierten deutschen Unternehmen? Wie stark sind sie von den globalen Schwierigkeiten am Finanzmarkt betroffen? Die Creditreform Wirtschaftsforschung hat in der zweiten Januarhälfte dieses Jahres eine Umfrage unter exportorientierten deutschen Unternehmen über deren aktuelle Erfahrungen im Rahmen ihrer Auslandsaktivitäten durchgeführt. Knapp 360 exportorientierte Unternehmen beteiligten sich an

Umfrage offenbart Insolvenzzrisiken

der Umfrage. Fast jedes zweite Unternehmen davon ist seit über 25 Jahren im Ausland aktiv.

Immerhin haben 41 Prozent der Befragten spürbare Auswirkungen auf ihr Auslandsgeschäft als Reaktion auf finanz- und realwirtschaftliche Turbulenzen festgestellt. Ein Großteil (48,3 Prozent) der Unternehmen berichtet von bislang sehr geringen und neun Prozent von keinen unmittelbaren Effekten auf das Exportgeschäft.

Auslandsgeschäfte im Sog der Krise

Tab. 18: Starke Auswirkungen der Finanzkrise auf das Auslandsgeschäft in den Bereichen ... (Mehrfachnennungen möglich)

■	
Auftragseingang	62,8
Umsatzentwicklung	53,8
Zahlungsverhalten der Kunden	46,2
Kapitalbeschaffung	13,1
Kundeninsolvenz	19,3
Sonstiges	2,1

Quelle: Creditreform, Angaben in Prozent

Die Folgen der Finanzkrise spiegeln sich in vielen Indikatoren wider: Bei der Frage, in welchen Bereichen die negativen Auswirkungen besonders zu spüren sind, werden Auftragseingang (62,8 Prozent der Befragten) und Umsatzentwicklung (53,8 Prozent) zu allererst genannt. Im Zahlungsverhalten der Kunden zeigen sich für fast jeden Zweiten der befragten Exporteure (46,2 Prozent) die negativen Folgen der aktuellen Krise. Von Kundeninsolvenzen sind schon 20 Prozent der Befragten betroffen. Insbesondere aus mittleren und kleinen Unternehmen, die 21 bis 100 Mitarbeiter beschäftigen, berichtet ein hoher Anteil (27,9 Prozent) von Kundeninsolvenzen. In Unternehmen mit über 250 Mitarbeitern sind nur 8,8 Prozent der Exporteure von Kundeninsolvenzen betroffen.

Zahlungsverhalten leidet

Den Auswirkungen auf das Zahlungsverhalten kommt in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle zu. Hohe Außenstände können gerade für kleinere Unternehmen schnell zu einem Existenzproblem werden. Allerdings sieht die Lage bei den meisten befragten

exportorientierten Unternehmen weniger dramatisch aus, als erwartet: Bei der Frage, ob es zuletzt eine Verschlechterung des Zahlungsverhaltens oder gar eine Liquiditätsverengung im Kundenunternehmen gab, antworteten 69,3 Prozent mit „nur gering“. Allerdings sind knapp 15 Prozent „sehr stark“ von verspäteten Rechnungseingängen betroffen. 14,6 Prozent stellen keine Liquiditätsverschlechterung fest.

Tab. 19: Verschlechterungen im Zahlungsverhalten ausländischer Geschäftspartner

■ Tätigkeitsbereich der ausländischen Kunden:	ja, sehr stark	nur gering	keine
Industrie	15,6	66,2	18,2
Bau	22,0	65,9	12,2
Handel	12,6	75,9	11,5
Dienstleistungen	13,8	62,1	24,1
öffentliche Einrichtungen, Behörden	26,3	47,4	26,3
Verkehr, Logistik	17,4	69,6	13,0
Gesamt	16,1	69,3	14,6

Quelle: Creditreform, Angaben in Prozent

Je nachdem, in welchen Branchen die ausländischen Geschäftspartner zu Hause sind, zeigt sich ein differenzierteres Bild: Jedes vierte Unternehmen hat bei seinen europäischen Geschäftspartnern aus der Dienstleistungsbranche bislang keine Verschlechterung im Zahlungsverhalten festgestellt. Das gleiche gilt für öffentliche Einrichtungen. Allerdings ist bei 26 Prozent der Befragten eine starke Verschlechterung des Zahlungsverhaltens öffentlicher Auftragnehmer bemerkt worden. Durch Geschäftsabschlüsse mit der europäischen Baubranche sind fast 88 Prozent der befragten Unternehmen von Liquiditätsverengungen der Geschäftspartner mehr oder weniger stark betroffen. Für den europäischen Verkehrs- und Logistiksektor ist eine ähnlich hohe Quote von 87 Prozent festzustellen.

Europäische Bauwirtschaft zahlt schlechter

Tab. 20: Zahlungsverzögerungen im Ausland

	keine Verzögerungen	bis 10 Tage	bis 30 Tage	über 30 Tage
Baltikum	20,7	26,0	35,1	18,2
Benelux	24,2	37,1	25,8	12,9
Frankreich	14,3	30,2	34,5	21,0
Großbritannien	19,4	28,7	34,3	17,6
Italien	12,3	17,0	34,0	36,7
Österreich	35,2	40,0	20,0	4,8
Osteuropa	18,2	29,1	33,6	19,1
Russland	33,3	18,9	22,2	25,6
Skandinavien	35,3	33,3	24,5	6,9
Spanien	16,8	27,7	27,7	27,8

Quelle: Creditreform, Angaben in Prozent

Analysiert man das Zahlungsverhalten im europäischen Vergleich, zeigt sich folgendes: Deutsche Unternehmen, die Waren und Dienstleistungen ins europäische Ausland liefern, stellen die größten Zahlungsverzögerungen in Italien fest: Lediglich ein Achtel der Befragten registrieren bei Geschäften in diesem Land keine verspäteten Rechnungseingänge, bei mehr als jedem Dritten lassen sich die dortigen Kunden bis zur Begleichung der Rechnung über 30 Tage Zeit. Am pünktlichsten zahlen die Österreicher und Skandinavier ihre Rechnungen. Jeder Dritte Befragte erkennt im Handel mit diesen Ländern keine Verzögerungen im Zahlungsverhalten. Lange Außenstände von mehr als 30 Tagen sind sowohl in Österreich als auch in Skandinavien eher die Ausnahme. Erwartungsgemäß schwach schneiden in dieser Hinsicht die südeuropäischen Unternehmen ab.

Über die Folgen der Finanzkrise wird viel berichtet. Aber wie sieht es – abgesehen vom Ruf nach staatlichen Kreditgarantien – mit Präventions- und Gegenmaßnahmen und dem Kreditmanagement in den Betrieben aus, um Zahlungsausfälle im Ausland zu vermeiden? Gut drei Viertel (76,6 Prozent) der befragten Unternehmen holen vor Geschäftsabschluss Wirtschaftsauskünfte ein, um über Bonität, Finanzen, Struktur sowie das Umfeld des Kunden informiert zu

Österreicher zahlen am schnellsten

Bonitätsauskünfte sind ein Muss

sein. Ein weiteres Instrument: Vorkasse: 66,2 Prozent der befragten Unternehmen gewähren ihren Geschäftspartnern keine Lieferantenkredite mehr oder nur in einer bestimmten Höhe (63,4 Prozent). Ein Viertel der Befragten setzt auf die ausschließliche Lieferung der Produkte an bekannte Kunden, die sich in der Vergangenheit als zuverlässig erwiesen haben. Neben dem notwendigen Kredit- und Forderungsmanagement der Exporteure übernimmt die Bundesregierung für Auslandsgeschäfte Exportkreditgarantien, die die Unternehmen vor dem Ausfall ihrer Auslandsforderungen schützt. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums zeigen Zahlungsausfälle und Entschädigungen bisher keine Auswirkungen der Finanzkrise.

Tab. 21: Maßnahmen, um Zahlungsausfälle im Ausland zu vermeiden (Mehrfachnennungen möglich)

■	
Wirtschafts-/Bonitätsauskünfte	76,6
Vorkasse, keine Lieferantenkredite	66,2
Kredithöchstgrenzen	63,4
Forderungsabsicherung/Kreditversicherung	62,1
ausschließliche Lieferung an zuverlässige Geschäftspartner	24,8
Einschränkung der Zahlungsfristen	24,1
keine	2,8

Quelle: Creditreform, Angaben in Prozent

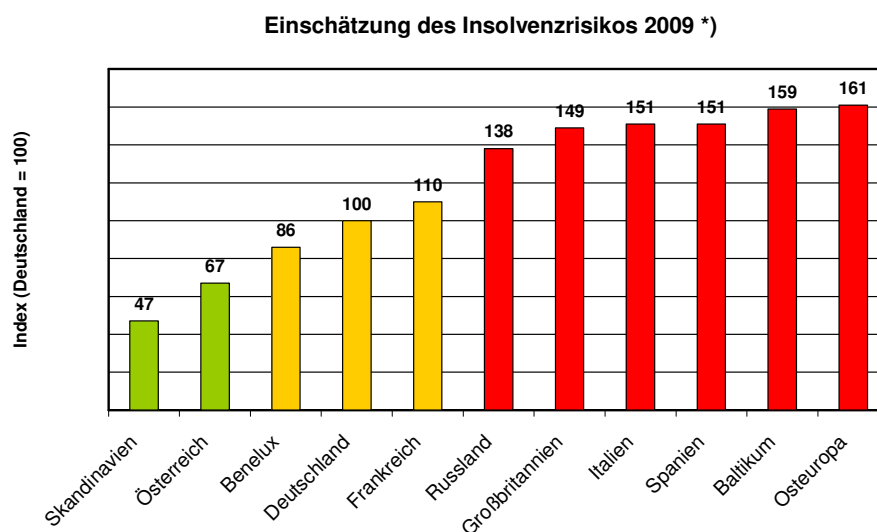
Die ökonomischen Kennzahlen in den meisten europäischen Staaten dürften in diesem Jahr weitaus schlechter ausfallen als 2008, als die Mehrzahl der Volkswirtschaften Europas noch ein moderates Wirtschaftswachstum schaffte. Für 2009 bedeutet das: ein Jahr steigender Insolvenzzahlen.

Bei der Frage wie die exportorientierten Unternehmen das Insolvenzrisiko in anderen europäischen Ländern im Vergleich zu Deutschland sehen, zeigt sich folgendes Bild: Das Insolvenzrisiko wird in Osteuropa, im Baltikum sowie in Spanien und Italien von den befragten Unternehmen höher eingeschätzt als in Deutschland (siehe Grafik). In Österreich, den Benelux-Ländern und Skandinavien wird die Gefahr, dass ein Betrieb den Gang zum Insolvenzgericht antreten

2009: das Jahr der Insolvenz

muss, dagegen geringer eingestuft. Diese Bewertung korrespondiert mit den jeweiligen Insolvenzzahlen in den entsprechenden Ländern: Während die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Italien um 29 Prozent und in Spanien um 139 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist, nahm die Zahl der Fälle in den Niederlanden ab und in Österreich nur leicht zu. Die positive Einschätzung Skandinaviens resultiert mit großer Wahrscheinlichkeit aus dem guten Zahlungsverhalten in den nordischen Ländern.

Baltikum und Osteuropa im Fokus



Quelle: Creditreform, Saldo aus den Einschätzungen „Insolvenzrisiken höher“ und „Insolvenzrisiken geringer“

■ 8 Zusammenfassung

Der seit 2005 anhaltende Trend zu sinkenden Unternehmensinsolvenzzahlen in Europa hat 2008 gedreht. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den EU-15 Staaten plus Norwegen und der Schweiz ist 2008 auf gut 150.000 Fälle gestiegen. Das entspricht einem Anstieg von knapp elf Prozent gegenüber dem Vorjahr. 2007 hatten in Westeuropa rund 135.500 Unternehmen ein Insolvenzverfahren beantragt. Lediglich in drei der 17 untersuchten Länder sind die Insolvenzzahlen im Jahresverlauf rückläufig: Die Niederlande, Luxemburg und die Schweiz verzeichneten 2008 noch einmal weniger Unternehmenspleiten als im Jahr zuvor.

Den höchsten Anstieg weist mit einem Plus von 138,6 Prozent auf 2.100 Fälle Spanien auf. Es folgen Irland mit einer Zunahme von 120,8 Prozent auf 700 (Vorjahr: 317 betroffene Betriebe) und Dänemark mit einem Anstieg von 54,5 Prozent auf 3.170 Insolvenzen (Vorjahr: 2.401). Die dramatische Entwicklung zeigt, dass diese europäischen Staaten bereits 2008 voll vom globalen Wirtschaftsabschwung und den härteren Finanzierungsbedingungen für Unternehmen erfasst wurden. In der Mehrzahl der westeuropäischen Länder ist die Insolvenzwelle allerdings noch nicht mit voller Wucht angekommen.

Die höchste relative Insolvenzbetroffenheit (Zahl der Unternehmen eines Landes im Verhältnis zur Zahl der Firmenpleiten des betreffenden Landes) weisen Luxemburg (233 Insolvenzen pro 10.000 existente Unternehmen), Österreich (224) und Frankreich (215) auf. Die durchschnittliche Insolvenzquote Westeuropas liegt bei 83 insolventen Betrieben pro 10.000 Unternehmen. Deutschland erreicht mit einer Quote von 96 einen leicht über dem Durchschnitt liegenden Wert.

Während die Zahl der Unternehmenspleiten im Jahr 2008 deutlich anstieg, war die Zahl der Privatinsolvenzen leicht rückläufig. In den Ländern, über die eine entsprechende Zeitreihe vorliegt, wurden 3,6 Prozent weniger Schuldenbefreiungsverfahren gezählt als im Jahr zuvor. Dieser Trend ist vor allem auf die Entwicklungen in Deutschland und den Niederlanden zurückzuführen. So verringerten sich in Deutschland die Privatinsolvenzen im Jahresverlauf um 6,4 Prozent auf 126.900 Betroffene, in den Niederlanden sank die Zahl aufgrund gesetzlicher Änderungen um 36,9 Prozent. Finnland (+ 24,7 Prozent) und Österreich (+ 14,2 Prozent) verzeichneten eine Zunahme der Privatinsolvenzen. Insgesamt meldeten 2008 in Westeuropa 291.380 (Vorjahr: 302.390) natürliche Personen ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch den zuständigen Stellen. Bezieht man die Zahl der Verbraucherinsolvenzen eines Landes auf die jeweilige Einwohnerzahl, erhält man die relative Insolvenzbetroffenheit. In Finnland und Großbritannien sind im vergangenen Jahr 22 bzw. 20 von 10.000 Einwohnern in die Insolvenz gegangen.

In den Niederlanden waren es dagegen nur 6. Deutschland liegt mit 15 im europäischen Mittelfeld.

Die Zahl der durch die Insolvenz des Arbeitgebers bedingten Arbeitsplatzverluste stieg im Jahresverlauf 2008 parallel zur Zunahme der Unternehmensinsolvenzen und liegt europaweit bei 1,4 Millionen. 2007 waren 1,2 Millionen Arbeitnehmer von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen.

Den größten Anteil am Insolvenzgeschehen in Europa hat die Dienstleistungsbranche: Durchschnittlich 36,4 Prozent (Vorjahr: 34,3 Prozent) aller Unternehmenszusammenbrüche betrafen Unternehmen aus dieser Branche. Der zunehmende Anteil des Sektors ist auf die deutlich erhöhten Insolvenzquoten im von Finanzkrise und Konjunkturabschwung besonders betroffenen Transportsektor, der Immobilienwirtschaft und den unternehmensnahen Dienstleistern zurückzuführen. Erhöht hat sich auch der Anteil des Bausektors: Kamen im vergangenen Jahr noch 17,6 Prozent aller Konkurse aus der Baubranche, so sind es aktuell schon 19,3 Prozent. Mit lediglich elf Prozent (Vorjahr: 12,4 Prozent) ist das Verarbeitende Gewerbe am geringsten am Konkursgeschehen beteiligt. Der Handel stellt ein Drittel (Vorjahr: 35,7 Prozent) des Insolvenzgeschehens.

Die USA stecken seit rund einem Jahr in der wohl schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Abschwung hat auch den Unternehmenssektor erfasst und 39.950 Unternehmen in die Pleite gerissen. Im Vorjahr waren lediglich 28.322 Betriebe betroffen gewesen. In Japan schließlich stiegen die Unternehmenskonkurse im Verlauf des Jahres 2008 um deutliche 15,7 Prozent an und liegen aktuell bei knapp 12.700 betroffenen Unternehmen.

Auch in den mittel- und osteuropäischen Staaten Estland, Lettland, Litauen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn nahm die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Lauf des Jahres 2008 zu: Knapp 21.600 Konkurse waren zu zählen. Das entspricht einem Anstieg von 11,6 Prozent. Die aufstrebenden Länder

Osteuropas, die ein wichtiger Fertigungsstandort für den Exportmarkt sind, bleiben von der globalen Wirtschaftskrise und der Einbruch der Auslandsbestellungen nicht unberührt. Einen überdurchschnittlichen Anstieg der Insolvenzmeldungen verzeichneten Slowenien (+ 17,3 Prozent auf 657 Fälle) und Ungarn (+16,4 Prozent auf 11.332 Fälle). Auf 10.000 Unternehmen kommen in den baltischen Staaten Litauen (115), Estland (108) und Lettland (99) die meisten Firmenzusammenbrüche.

Creditreform hat im Januar 2009 mit einer Umfrage unter der deutschen Exportwirtschaft die Einschätzungen und aktuellen Auslandserfahrungen der exportierenden Unternehmen erfasst. Immerhin 41 Prozent der Befragten haben merklich spürbare Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf ihr Auslandsgeschäft festgestellt. Nur neun Prozent der Unternehmen berichteten von keinen unmittelbaren Effekten.

Negative Auswirkungen auf das Zahlungsverhalten der ausländischen Geschäftspartner spüren 85,6 Prozent der Exporteure. Dabei haben 16,1 Prozent der Befragten schon eine deutliche Verschlechterung des Zahlungsverhaltens festgestellt, 69,3 Prozent eine nur leichte. Insbesondere Unternehmen, die ausländische Baubetriebe und Handelsunternehmen beliefern, berichteten von merklichen Verzögerungen beim Zahlungseingang. Schon jeder fünfte Exporteur war in den zurückliegenden Monaten von Kundeninsolvenzen betroffen.

Die Insolvenzrisiken für 2009 schätzen die befragten Unternehmen am höchsten in Osteuropa ein – speziell im Baltikum. Deutlich höher als in Deutschland wird die Insolvenzgefahr auch in Spanien, Italien und Großbritannien gesehen. Allein die skandinavischen Länder und Österreich werden hinsichtlich des Insolvenzrisikos 2009 positiver als Deutschland bewertet.

Neuss, 10. Februar 2009

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Redaktion: Anne Sahm, Telefon: (02131) 109-229

Dr. Hardy Gude, Telefon: (02131) 109-172

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2009, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzangaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Verzeichnis der Informationsquellen

Nationale Statistikämter

Belgien:	Institut National des Statistique, Brüssel
Dänemark:	Danmarks Statistik, Kopenhagen
Deutschland:	Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Finnland:	Statistics Finland
Frankreich:	INSEE, Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques
Großbritannien:	Office for National Statistics, London
Irland:	Central Statistical Office
Italien:	ISTAT, Istituto Nazionale di Statistica, Roma
Luxemburg:	STATEC, Service Central de la Statistique et des Etudes Economiques
Niederlande:	Statistics Netherlands
Norwegen:	Statistics Norway
Österreich:	Österreichisches Statistisches Zentralamt
Portugal:	Instituto Nacional de Estatistica
Schweden:	Statistics Sweden
Schweiz:	Statistik Schweiz
Spanien:	Instituto Nacional de Estadistica

Deutsche Auslandshandelskammern

Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Handelskammer, Brüssel
Deutsch-Finnische Handelskammer, Helsinki
Deutsch-Griechische Industrie- und Handelskammer, Athen
Deutsch-Schwedische Handelskammer, Stockholm
Deutsche Handelskammer für Spanien, Madrid
Deutsch-Amerikanische Handelskammer, New York
Deutsche Industrie- und Handelskammer, Japan

Wirtschaftsinformationsunternehmen

Coface Austria, Coface Central Europe
Creditreform Italia, Modena
Creditreform Österreich, Wien
Creditreform Schweiz, St. Gallen
FEBIS Federation of Business Information Services, Amsterdam
Intrum Justitia
Bureau van Dijk

Wirtschaftsinformationsstellen

bfai Bundesagentur für Außenwirtschaft

Bundesministerium für Finanzen

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Paris

The Insolvency Service, London

US-Department of Commerce, Economics and Statistics Administration, Washington D.C.

WIFO, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien

Publikationen

Auswärtiges Amt, diverse Länderberichte „Wirtschaftstrend kompakt“

Deutsche Bundesbank Monatsbericht, verschiedene Ausgaben

Bundesministerium für Finanzen Monatsbericht, verschiedene Ausgaben

Coface Deutschland „Märkte aktuell“, Dezember 2008

Diverse Zeitungs- und Zeitschriftenartikel

Creditreform Geschäftsstellen in Osteuropa

Creditreform Eesti OÜ, Estland

Creditreform Latvija SIA, Lettland

Creditreform Lietuva UAB, Litauen

Creditreform Polska Sp. z o.o., Polen

Creditreform k.s., Slowakei

Creditreform d.o.o., Slowenien

Creditreform s.r.o., Tschechien

Creditreform-Interinfo Kft., Ungarn